

Lex Sauerland

Habeck beschränkt für Merz die Windkraft

Der Wirtschaftsminister schlägt eine stärkere Steuerung der Windenergie vor, um dem CDU-Chef einen Gefallen zu tun. Der drängt auf einen Beschluss noch in diesem Jahr. In seinem Wahlkreis Sauerland wäre so ein Ausbau-Moratorium zu befürchten.

Mitten hinein in das Regierungs-Vakuum und ohne parlamentarische Mehrheit will Bundeswirtschaftsminister **Robert Habeck** von den Grünen plötzlich steuernd in den Ausbau der Windkraft eingreifen. Background liegen „**Regelungsvorschläge für Steuerung Windenergie**“ (sic) des Ministeriums in der Entwurfsfassung vor, die mit dem Bauministerium von Klara Geywitz (SPD) abgestimmt sind und teilweise „**Noch unter Vorbehalt Rückmeldung NRW**“ stehen. Das Bundeskabinett sollte die Gesetzesänderungen nach Background-Informationen eigentlich **heute** beschließen, bis die Sozialdemokraten den Punkt von der Tagesordnung zurückzogen.

In dem Regelungsvorschlag geht es insbesondere um Änderungen an Baugesetzbuch (**BauGB**) und Bundes-Immissionsschutzrecht (BImSchG). Dadurch soll den zuständigen Planungsträgern erlaubt werden, für bestimmte Zeit die Zulässigkeit eines Windkraftprojektes zu **untersagen**, wenn das Verfahren zur Aufstellung eines **Raumordnungs- oder Bauleitplan förmlich eingeleitet** wurde oder wenn sich der Standort **außerhalb** eines ausgewiesenen oder **geplanten Windenergiegebiets** befindet. Das würde die von der Ampel-Koalition eingeführte Rechtslage zurückdrehen, wonach ohne gültigen Plan und im Außenbereich Windräder **Vorrang** genießen (allgemeine Außenbereichsprivilegierung) und generell zulässig sind, solange bis die neuen, bundesgesetzlich vorgeschriebenen Mindestflächenziele erreicht sind.

Warum der grüne Minister Gesetzesänderungen vorschlägt, zumal ausgerechnet jetzt, die die Windkraft einschränken, ist **offenkundig**: Er tut damit dem CDU-Chef und selbsternannten Windkraft-Gegner **Friedrich Merz** einen Gefallen. Seit Wochen halten sich in der Branche hartnäckig **Gerüchte**, die Bundes-CDU wolle mit einem Deal über einfache Änderungen des Baugesetzbuches und des BImSchG ein **Moratorium** auf den Windenergieausbau erreichen. Darauf dränge der **Hochsauerlandkreis**, wo Merz seinen Bundestags-Wahlkreis hat, weshalb die Gesetzespläne auch als **Lex Sauerland** bezeichnet wird. Dass sie umgesetzt werden, galt lange als nahezu ausgeschlossen, weil Habeck angeblich nicht mitspielen würde. So kann man sich irren.

Merz: Habeck hat mir Textentwurf zugesagt

Merz macht jedenfalls **keinen Hehl** aus seinen Absichten, die Windkraft in die Schranken zu weisen. Unter Handlungsdruck fühlt er sich durch ein [Urteil](#) des OVG Münster vom 26. September, das die **Regionalplanung** für die Windkraft in NRW **aufgehoben** hat. Unmittelbar nach dieser Entscheidung habe er Habeck in bestimmtem Ton gebeten, **so schnell wie möglich** eine bundesgesetzliche Regelung zu schaffen, erklärte Merz Ende November auf einer [Wahlkampfveranstaltung](#) vor Ort (ab Minute 27). Diese Regelung müsse es dem Land NRW, der Bezirksregierung und der Kreisverwaltung im Hochsauerlandkreis erlauben, den „Windkraftausbau so zu strukturieren, dass es hier **nicht zu einem Wildwuchs** kommt.“ Ziel sei, den Windenergie-Ausbau zu **kanalisieren**, zu **konzentrieren** auf bestimmten Flächen.

Der Bundeswirtschaftsminister habe ihm **zugesagt**, innerhalb von zwei bis drei Wochen einen **Textentwurf** zur Änderung des BImSchG und des Baugesetzbuches vorzulegen, so Merz weiter. „Wir warten auf diesen Textentwurf seit über zwei Monaten. Jetzt wird die Zeit **ziemlich eng**.“ Die Änderungen müssen aus Sicht des Oppositionsführers noch in dieser Wahlperiode, und zwar noch in **diesem Jahr**, in den zwei verbleibenden Sitzungswochen des Bundestages, beschlossen werden.

Sonst sei es zu spät für die Planer in Land und Kreis. „Ich will Ihnen versichern, ich werde mich **mit ganzer Kraft** dafür einsetzen“, sagte Merz.

„Wir wollen uns den Hochsauerlandkreis nicht mit einem Wildwuchs an Windkraftanlagen **zupflastern** lassen“, wettete der Kanzlerkandidat. Er sei „strikt dagegen“, wenn einige hundert Windenergieanlagen im Hochsauerlandkreis gebaut werden sollen. Merz räumte zuletzt unverblümt ein, Windräder im Grunde abzulehnen. „Ich glaube sogar, dass wir, wenn wir es richtig machen, eines Tages die Windräder **wieder abbauen** können“, sagte er in einer Talkshow. „Weil sie **hässlich** sind und weil sie nicht in die Landschaft passen.“ Windkraft sei nur eine **Übergangstechnologie**, die wir vielleicht für die nächsten zehn, 20 Jahre haben werden. „Also ich möchte es **noch erleben**, dass die Anlagen wieder abgebaut werden.“

Debatte um Schwarz-grüne Koalition

Für die Branche kommen die Angriffe zur denkbar schlechtesten Zeit. Die Windkraft ist zwar inzwischen Deutschlands **wichtigste Stromquelle** mit einem Anteil von rund einem Drittel, der **Zubau hinkt** in diesem Jahr aber weit den politischen Zielen hinterher. Gleichzeitig bewegen sich die Grünen unter ihrem neuen starken Mann Habeck bekanntlich in Richtung Mitte auf die Union zu. Merz wiederum hatte eine **schwarz-grüne Koalition** mit den Grünen wie etwa in NRW nach der Neuwahl im Februar nicht mehr ausgeschlossen, ganz im Gegensatz zu CSU-Chef **Söder** oder CDU-Generalsekretär Carsten **Linnemann**.

Der neue Grünen-Vorsitzende Felix Banaszak kündigte am Wochenende ein **baldiges Kennenlern-Treffen** mit Merz an. Ein Treffen sei „schon terminiert“, sagte Banaszak der Mediengruppe Bayern. Aus Grünen-Parteikreisen hieß es, es hätte am Freitag ein Treffen zwischen Banaszak, der Grünen-Co-Vorsitzenden Franziska Brantner und Merz geben sollen, das aber **kurzfristig abgesagt** worden sei. Banaszak wies auf klare Unterschiede zum CDU-Chef hin. „Friedrich Merz scheint zum Beispiel kein Interesse daran zu haben, mit **konsequentem Klimaschutz** die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel zu sichern“, kritisierte er. Gemeinsamkeiten sehe er bei der militärischen Unterstützung der **Ukraine** gegen Russland.

Zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl rückt rechnerisch ein Bündnis von Union und Grünen in **greifbare Nähe**. Nach neuen Umfragen käme Schwarz-Grün auf 44 bis 47 Prozent. Eine Mehrheit im Bundestag wäre damit möglich, weil mehrere Parteien die Fünf-Prozent-Hürde verpassen könnten. Schwarz-grün wäre im Bund ein Novum, nachdem die gemeinsame **Jamaika-Koalition** mit der FDP 2017 nicht zustande kam. In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg regieren Union und Grüne zusammen relativ geräuschlos, im Ländle unter Führung der Grünen. *mit AFP / dpa*